

# Beilage zu Nummer 68 der Volksstimme.

Montag den 22. März 1915.

## Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 22. März 1915.

### Jahresversammlung des Gewerkschaftskartells.

Am 19. März fand eine Kartellsitzung im Gewerkschaftshaus statt, die zahlreich besucht war. Genosse Eitner, der Leiter mit Ende des Monats seinen Wohnsitz in Wiesbaden aufgibt, um einem Ruf als Kandidat der Allgemeinen Ortskrankenkasse I für Wiesbaden-Land zu Schierstein Folge zu leisten, erstattete den Bericht. Bei den Wahlen zum Versicherungsamt erhielten wir 14 694 Stimmen, die vereinigten Gegner 8765 Stimmen, so daß diese 2 und wir 4 Vertreter belanden. Bei den Wahlen zum Kaufmännischen Gericht erhielten die sozialdemokratischen Angestellten 2 Vertreter, die vereinigten Gegner 28 Vertreter; bei den Arbeiterwahlen erhielten wir 3 Vertreter, die Handelskammer-Vereinigung 27 Vertreter. Die Raiffeisen konnte dieses Jahr nicht befehligen, namentlich war es das Personal des Konsumvereins, das durch seinen Beschluß, die Laden offen zu halten, Unstimmigkeiten hervorrief. Das allgemeine Gewerkschaftsfest brachte einen mäßigen Ueberschuß. Die Gewerkschaftswahlen sollten auf Grund eines anderen Wahlmodus vorgenommen werden. Die Anträge wurden ausgearbeitet, um dem Magistrat vorgelegt zu werden; der Krieg hat die Weiterbehandlung dieser notwendigen Änderung hinausgeschoben.

Das Kartell stellte an den Magistrat den Antrag, die Rotkandarbeiten besser zu organisieren und die Löhne zu erhöhen. In der Verhandlung kam es zu einer Erklärung des Oberbürgermeisters, daß die Stadt bereit wäre, Rotkandarbeitern, die namentlich durch große Kinderzahl bedrückt seien, auf Verlangen Kinderzulagen zu gewähren. Damit erklärte sich die Stadtverordneten-Versammlung, weil die Löhne von 3,40 Mark und nach drei Wochen von 3,50 Mark als ausreichend angesehen wurde, einverstanden. Die Wahl des Vorsitzenden zur Ortskrankenkasse wurde, da der Buchdruckereibesitzer Rauch die Angelegenheit zu einer Parteisache machen wollte, vom Vorstande des Kartells mit Aufmerksamkeit verfolgt. Mit dem Refusat können die organisierten Arbeiter im allgemeinen zufrieden sein.

Die Kriegstätigkeit des Kartells muß als eine erprobte bezeichnet werden. Es galt zunächst, den Angehörigen der am Krieg teilnehmenden Mitglieder mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, aber auch die Not der Arbeitslosen und ihrer Familien zu lindern. Den Mitgliederbund mögen folgende Zahlen veranschaulichen: Ende 1913 hatten wir in Wiesbaden 7258 gewerkschaftlich organisierte Genossen, im ersten Quartal 1914 6788, im zweiten Quartal 7142, im dritten Quartal 5328, während im vierten Quartal die Mitgliederzahl auf 4015 herabsinkt; das ist ein Verlust von 3127 Mitgliedern. Zum Militär eingezogen wurden 2854, so daß etwa 500 Mitglieder als abgereist und ausgefallen zu verzeichnen sind. Weibliche Mitglieder waren anfangs 1914 211, während Ende des Jahres nur noch 141 vorhanden waren. Der Gesamtverlust an Mitgliedern betrug 42 v. H. Die Arbeitslosigkeit zeigt folgendes Bild: im ersten Quartal 1686, im zweiten 1447, im dritten 1459 und im vierten 1245 Personen. Das Fehlen der Industrie macht sich gerade während des Krieges außerordentlich bemerkbar. Am härtesten mitgenommen von der Arbeitslosigkeit waren die Berufe der Bauarbeiter, Holzarbeiter, Buchdrucker, Maler und Weißbinder. Auch auf die Zahl der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften hat der Krieg eingewirkt. Es waren am Beginn des Berichtsjahres dem Kartell 31 Gewerkschaften angeschlössen. Davon haben sich 3 aufgelöst, und zwar die Fabrikarbeiter, Kürschner und Tabakarbeiter, während die „freien Händler“ ausgeschlossen wurden, so daß nunmehr dem Kartell nur noch 28 Gewerkschaften angeschlössen sind.

Die Weihnachtsfeier für die Kriegskinder und die Kinder der Arbeitslosen war eine der schwierigsten Aufgaben, die das Kartell zu lösen hatte. Und doch gelang alles in bestem Sinne. Der Opfermut der Bevölkerung und das Wohlwollen des Magistrats ermöglichte es uns, über die Summe von 7940,29 Mark verfügen zu können. Ausgaben hatten wir 8261,31 Mark, so daß die Kartellkasse noch mit 321,02 Mark zu belasten war. Erscheint auch die Summe hoch, so beweisen doch die vielen Zustimmungen aus dem Felde, daß wir unseren Freunden an der Front eine große Freude bereitet haben. Der Kassenbericht zeigte in Einnahmen mit dem vorhandenen Kassenbestand 8707,73 Mark, in Ausgaben 5780,76 Mark, so daß ein Kassenbestand von 3016,97 Mark verbleibt. In den Kartellvorstand wurden gewählt die Genossen Jörg als erster und Philipp Müller als zweiter Vorsitzender, Karl Kasper, Kassierer, Schreiner Götner als Schriftführer, Anton Selbel, Horn und Pini als Beisitzer; als Mediziner Ressel, Dreher und Bauer. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Eine Anfrage wegen des Bierpreises sollte diese Angelegenheit noch auf. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, dagegen der Kartellvorstand mit der Hausverwaltung beauftragt, zu der Bierpreiserhöhung zur geeigneten Zeit Stellung zu nehmen.

### Gefrierfleisch.

Um dem frischen Fleisch Haltbarkeit für Monate und Jahre zu geben, läßt man schon seit langer Zeit in Argentinien, Australien und Nordamerika das Fleisch in besonders dazu hergerichteten Gefrierräumen einfrieren, damit es für den überseeischen Handel verwertbar ist. Die überreichen Viehbestände dieser Länder können durch dieses Verfahren nicht allein für die Produzenten vorteilhaft ausgenutzt werden, sie bringen auch den Fleischkonsumenten anderer Länder einen recht preiswerten Fleischkonsum. Die Vorurteile gegen das Gefrierfleisch sind anderswo längst zerstreut. Bei einer sachgemäßen Behandlung und richtigen Aufkennung steht das Gefrierfleisch dem frischen Fleisch an Geschmack und Qualität kaum nach. Wie ungeheuer die Produktion von Gefrierfleisch heute schon ist, beweisen allein die Ausfuhrziffern aus Argentinien, die kürzlich in der Handelszeitung von Buenos Aires bekanntgegeben wurden. Danach betrug die Ausfuhr im Jahre 1914 in Argentinien an Gefrierfleisch 2 844 187 Hammel und 4 400 318 Rinderquartale, gegen 1 020 633 Hammel und 4 062 743 Rinderquartale im Jahre 1913.

Nach Deutschland kam bisher so gut wie gar kein Gefrierfleisch herein, weil die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes dem entgegenstehen. Dieses Gesetz verlangt, daß die Einfuhr nur in ganzen Tierkörpern im Zusammenhange mit den inneren Organen, wie Herz, Leber, Lunge, erfolgt. Diese Bestimmung ist für den Prozeß des Einfrierens, speziell beim Großvieh, außerordentlich schwierig, weil im Zusammenhange mit den inneren Organen der Zerlegungsvorgang leicht eintreten kann. Leichter sind dagegen kleinere Tierkörper zu behandeln. Deutschland hat von Australien bereits einen kleineren Teil Gefrierhammel bezogen, die aber auch durch die Einfuhrzölle so erheblich belastet wurden, daß der Preisunterchied im Vergleich zu der heimischen Ware nicht allzu groß er-

scheint. Als 1912 die Fleischsteuerung einen bedrohlichen Charakter annahm, wurde die Einfuhr von Gefrierfleisch erwogen. Die Konsumentenkreise verlangten zur Behebung der Fleischsteuerung die Beseitigung jener Bestimmungen im Fleischbeschaugesetz, die der Einfuhr von Gefrierfleisch hinderlich waren, und anerkannte Sachverständige wiesen nach, daß das Gefrierfleisch an Nährwert dem frischen Fleisch nicht nachstehe. Die Landwirte beschwerten die Regierung, dem Drängen der Konsumenten nicht nachzugeben. Die einschränkenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes wurden beibehalten. Auch die Fleischmeister waren gegen die Einfuhr des Gefrierfleisches, weil sie fürchteten, der Fleischhandel würde dann zum Teil in andere Hände übergehen, vor allem auf die Konsumvereine.

Der Krieg hat auch hier eine Umwandlung herbeigeführt. Bei der Abschachtung der Viehbestände kommt es jetzt vor allem darauf an, die Fleischvorräte so aufzubewahren, daß in der Zeit der Fleischknappheit genügend Fleischnahrung vorhanden ist. Deshalb hat die Regierung den Gemeinden aufgetragen, einen Fleischvorrat von 15 Mark pro Kopf der Bevölkerung anzusammeln. Unter Dauerwahren verstand man bisher gewöhnlich Wurst- und Fleischwaren in gefälschtem und geräucherem Zustand und Fleischkonserven. Es ist deshalb recht erfreulich, daß sich nunmehr die Stimmen vermehren, die darauf verweisen, daß das Gefrierfleisch ein viel geeigneteres Konservierungsmittel sei als das Salzen und Räuchern, weil dann auch frisches Fleisch zur Verfügung steht. Vor allem ist die Haltbarkeit dieses Fleisches auf Jahre hinaus garantiert und die Gefahr des Verderbens abgewendet, die bei dem heutigen System der Aufstaplung außerordentlich groß ist, weil den kleinen Gemeinden die geeigneten Kühlräume hierzu fehlen. Das Einfrieren des Fleisches kann in den Gefrierhäusern der größeren Städte geschehen. Das Risiko, das damit kleine Gemeinden in außerordentlich hohem Maße mit der Versorgung und Aufstaplung der Dauerwaren übernehmen, wäre dann beseitigt. Wir werden aller Voraussicht nach erleben, daß große Mengen der von den Städten angesammelten Fleischvorräte verderben. Zu begrüßen sind daher alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die Fleischvorräte einzufrieren zu lassen und jedes Vorurteil über das Gefrierfleisch zu beseitigen. Einige große Städte haben mit dem Einfrieren der Vorräte bereits begonnen, weil die Einrichtungen dazu vorhanden waren, und schon wird gemeldet, daß die Stadtverwaltungen in Fulda und Elbing (Westpreußen), ein paar Städte mittleren Grades, die sofortige Errichtung von Gefrierhäusern beschlossen haben.

Auch in Frankfurt sollte die Stadtverwaltung nicht länger säumen und bald mit der Errichtung eines großen Gefrierhauses beginnen, damit sie bei der Lagerung ihrer Dauerware nicht länger von einem Privatunternehmen abhängig ist. Nachdem der preussische Minister des Innern einen erneuten Erlaß an die ihm unterstellten Behörden gerichtet hat, der die unbedingte Notwendigkeit einer beschleunigten Verminderung der Schweinebestände fordert, darf damit gerechnet werden, daß in Bezug auf die Stapelung von Dauerware noch größere Anforderungen an die Gemeinden gestellt werden.

**Beschlagnahme der Vorräte an Gerste und Mengkorn.** Der Magistrat der Stadt Wiesbaden veröffentlicht eine Verfügung nach der Hundsbrotverordnung vom 9. März, wonach mit dem Beginn des 12. März die im Reich vorhandenen Vorräte an Gerste (auch Mengkorn von Hafer und Gerste) für das Reich beschlagnahmt werden. Als Gerste im Sinne dieser Verordnung gilt auch geschrotete, gequellte oder sonst zerleinerte Gerste. Wegen der näheren Bestimmungen verweisen wir auf die Bekanntmachung im Anzeigenteil.

**Verteilung zuckerhaltiger Futtermittel.** Wie der Magistrat der Stadt Wiesbaden mitteilt, sollen nach der Hundsbrotverordnung vom 12. Februar d. J. demnächst die zuckerhaltigen Futtermittel (Zuckerzucker, Melasse, Rohrzucker usw.) durch den Kommunalverband an die Besitzer von Pferden und Rindvieh zu amtlich festgesetzten Preisen verteilt werden. Wir verweisen auf die amtliche Bekanntmachung, die heute in der „Volksstimme“ erscheint.

**Postverkehr nach Belgien.** Im Verkehr aus Deutschland nach dem von deutschen Truppen besetzten, noch nicht in deutsche Verwaltung genommenen Teile Belgiens, der westlich einer Linie etwa von Breda (französische Grenze) über Kortrijk (Courtrai), Renaix, Gramont-Rinove-Kast (Alost), Tondermonde (Tendermonde) nordwärts bis zur holländischen Grenze liegt, — die genannten Orte inbegriffen — sind von jetzt an gewöhnliche, frankierte, offene Briefe unter folgenden Bedingungen zur Beförderung zugelassen. Die Briefe können in deutscher, flämischer oder französischer Sprache abgefaßt sein, dürfen aber keinerlei Mitteilungen militärischer oder politischer Art enthalten. Sie müssen in doppeltem Umschlag aufgefaltet werden, wovon der innere die Adresse des Empfängers unter Hinzufügung des nächstgelegenen Etappenorts tragen und der äußere „an die Etappen-Inspektion West in Brüssel“ adressiert sein und auf der Rückseite die Adresse des Absenders ergeben muß. Als solche Etappenorte kommen z. B. in Betracht: Gent, Thielt, Kortrijk, Kast, Gedeo, Dehage, Veernem, Cudenaerde, Getaerdsbergen, Tendermonde, Roleren, St. Nicolas und Erbeide. Die Etappen-Inspektion sorgt für Weiterbeförderung der Briefe an die Etappen-Kommandanturen, wo sie von den Empfängern abgeholt sind. Die Frankierung der Sendungen hat nach denselben Sätzen wie bei solchen nach Brüssel, Antwerpen usw. zu erfolgen.

### Aus dem Kreise Wiesbaden.

**Langenshwalbach, 20. März.** (Zur Bekämpfung der Sperlingsplage) fordert der Landrat durch folgende Bekanntmachung auf: Der Kampf gegen diese Plage muß zur Erhaltung der Aushaus in diesem Frühjahr mit aller Strenge aufgenommen werden. Förster, Jagdaufseher und Jagdberechtigte ersuche ich im vaterländischen Interesse, sich die Bekämpfung der Sperlinge besonders angelegen sein zu lassen. Für die Vertilgung bzw. Züchtung eines Sperlings werden an die vorgenannten Persönlichkeiten 3 Biennia aus der Kreis-Kommunallasse gezahlt. — Armes, armes Späghen, schüttle den Staub von den Pantoffeln und — wandre aus, ehe es zu spät ist.

### Aus den umliegenden Kreisen.

#### Waldweide für Schweine.

Der Landwirtschaftsminister hat im Anschluß an die früher mitgeteilten Maßnahmen zur Förderung der Waldweide während der Kriegsdauer in einem neuen Erlaß an die Regierungspräsidenten eine besondere Organisation des Waldweidebetriebs für Schweine angesetzt, um den Schweinebesitzern namentlich das Durchhalten der Jungtiere und des jungen Nachwuchses zu erleichtern. In dem Erlaß wird folgendes ausgeführt:

Für den Waldeintrich kommen unter den jetzigen Verhältnissen hauptsächlich Jungschweine im Alter von 4 bis 6 Monaten, sowie Fuchshäuten in Frage. Für letztere wird der Waldaufenthalt nicht nur wegen des Durchfütterns, sondern auch aus dem Grunde von Nutzen sein, weil die Tiere nach einem längeren Weidegang bei der späteren Stallmast erfahrungsgemäß besonders schnell an Gewicht zunehmen.

Für Schweinebesitzer in der Nähe von Waldungen ist die Benutzung der Waldweide leicht durchzuführen. Soweit sie zu geschlossenen Ortschaften gehören, können die Tiere gesammelt und gemeinsam tagsüber in den Wald eingetrieben werden. Die dazu erforderlichen Maßnahmen werden die Gemeindevorsteher zu veranlassen oder anzuregen haben.

Es muß aber darauf Bedacht genommen werden, auch anderen Schweinebesitzern den Waldeintrich zu ermöglichen. So könnten die Bestände von entfernt wohnenden Besitzern zu größeren Sammelherden vereinigt und gegebenenfalls unter Benutzung der Eisenbahn nach den Weidestellen befördert werden. Dort werden sie unter der Aufsicht von Hirten frei geweidet und nachts in umzäunten und gerlegbaren Unterständen geborgen, die mit geringen Kosten herzustellen sind. Die Weidestellen werden nach Bedürfnis gewechselt. Die einzelnen Tiere erhalten Kennzeichen ihrer Besitzer. Die Dauer des Eintriebs kann bis zum Spätherbst, bei günstigen Witterungsverhältnissen bis in den Winter ausgedehnt werden. Eine solche Verlängerung wäre namentlich beim Vordringen von Waldungen mit moisternden Beständen vorteilhaft.

Die Durchführung dieser Einrichtung setzt eine Stelle voraus, welche die Bildung und Unterbringung der Sammelherden und die Umlegung der entstehenden Kosten leitet, sowie mit den Forstbesitzern die Bedingungen für die Ueberlassung der Waldweide usw. vereinbart. Sie wird in der Regel für einen Landkreis oder für mehrere benachbarte Kreise zu schaffen und möglichst an vorhandene geeignete Organisationen, wie landwirtschaftliche Kreisvereine oder Genossenschaften, anzulehnen sein. In Kreisen, in denen Jucht- oder Viehbewertungs-Genossenschaften bestehen, empfiehlt es sich in erster Linie, diese mit der Durchführung der Aufgabe zu betrauen.

Der Erfolg wird namentlich in Bezirken, in denen kommunale und private Waldungen den staatlichen Forstbeständen überwiegen, wesentlich mit davon abhängen, daß auch die nichtstaatlichen Forstbesitzer den Eintrieb der Sammelherden in entgegenkommender Weise gestatten, und die für die Weidenutzung etwa zu entrichtenden Entschädigungen möglichst niedrig bemessen, um dadurch auch kleinere Besitzer zur Beteiligung anzuregen.

Die Landräte werden veranlaßt, das zur Organisation des Waldeintriebs erforderliche möglichst bald in die Wege zu leiten. Die staatlichen Forstbehörden haben das Vorgehen der Landräte und der sonstigen mit der Organisation befaßten Stellen auf jede mögliche Weise zu unterstützen. Die Regierungen sollen ermächtigt werden, den Eintrieb von Schweineherden in staatliche Waldungen unentgeltlich zuzulassen, das Holz zur Herstellung der Unterstände gegen niedrige Entschädigung abzugeben und die erforderlichen Arbeitskräfte nach Möglichkeit zur Verfügung zu stellen.

**Niederrhein, 21. März.** (Gemeindevertretung Kriegsfürsorge und Jungwehr. Nach längerer Pause fand am letzten Freitag wieder eine Gemeindevertretersitzung statt. Bemerkenswert ist, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen war. Die Beratungsgegenstände brauchten durchweg nicht der Öffentlichkeit vorenthalten zu werden. Beschlossen wurde, 130 000 Mark für Dauerware bereitzustellen, um einer möglichen Verlegenheit der Einwohner bei dem notwendigen Bezug von Fleisch, Wurst und Fett vorzubeugen. Einen weiteren Punkt der Beratung bildete die vom Bürgermeister beschlossene Reform der Unterführungen an die Frauen der Kriegsteilnehmer. Diese Reform läuft darauf hinaus, die Gemeindeunterstützung zu reduzieren bzw. selbst die staatliche Fürsorge in vielen Fällen zu entziehen. Der Bürgermeister begründet sein Vorhaben auf die Möglichkeit einer lohnenden Beschäftigung, die viele Frauen finden könnten, und in solchen Fällen wäre dann eine Unterstützung entbehrlich oder könnte auf ein geringes Maß eingeschränkt werden. Als Argument für vorhandene Arbeitsgelegenheit mußte der Brief eines Offenbacher Fabrikanten an den Bürgermeister herhalten, in welchem über Mangel an weiblichen Arbeitskräften geklagt wird. Bei dem tatsächlichen Ueberangebot weiblicher Arbeitskräfte wäre es von Interesse, den Namen besagter Firma zu erfahren. Offenbar handelt es sich um einen Betrieb, der die Arbeiter schlecht entlohnt und deshalb gemieden wird. Wenn der Bürgermeister von den Frauen verlangt, daß sie unter den jetzigen Verhältnissen arbeiten, so muß er ihnen auch Arbeit nachweisen können; dann muß er auch Fürsorge treffen für Kinder, wenn die Mutter, um zu arbeiten, von zu Hause abwesend ist. Es ist einfach unerhört, was da den Frauen, die schon die Sorge um den Ernährer der Familie drückt, alles zugemutet wird, um den Staat und Gemeindefiskus zu schonen. Nach empfindlicher wird solche Belehrung über die Spitzengemüchlichkeit ohne fremde Unterstützung, wenn sie von Personen ausgeht, die über beträchtliche, unbeschnittene Einkommen verfügen und die bittere Not noch nie empfunden haben. Genosse Kaiser machte in der Debatte den sehr berechtigten Einwand, warum man immer bei den Armen der Armen ansetze, die Einkünfte zu beschneiden, und die Gemeindebeamten, die ihren vollen Gehalt und zum Teil noch mehr beziehen, von dieser Maßnahme ausnehmen. Auf diesen Vorhalt hatte der Bürgermeister kein Wort der Erwiderung und ging, offenbar verstimmt, auf einen anderen Punkt der Tagesordnung über. Drehte es sich bei dem verlassenen Punkt um die Frage, wie der Staat und die Gemeinde von der Unterstützungspflicht möglichst entlastet werden können, so zeigte die nun folgende Sache, wie wenig die maßgebenden Herren gereizt sind, zu sparen, wenn es sich um die Erfüllung ihrer Drogenwünsche handelt. Unsere Gemeinde hat, dank der tatkräftigen Propaganda unseres Bürgermeisters, die jüngste „Jungwehr“ im Landkreis Danau. Nachdem ihr schon Militärmützen von Gönnern geschenkt worden sind, soll sie nun auch Uniformen erhalten. Hierzu fehlen aber die Mittel. Der Bürgermeister kommt jedoch nicht in Verlegenheit. Er kennt ja seine Pappenheimer in der Gemeindevertretung und weiß, daß sie ihm in der Durchführung seiner Absichten keine ernstlichen Schwierigkeiten machen. Mit 1500 Mark ist der Sache gedient, und dem Antrag des Bürgermeisters auf Bewilligung dieser Summe stimmen die bürgerlichen Vertreter ohne mit der Wimper zu zucken zu. Vergleichen wir Genosse Kaiser auf das Verhalten der bürgerlichen Vertreter gegenüber den unterstützungsberechtigten Kriegsfrauen hin. Auf der einen Seite, wo die Unterstützung der Angehörigen der ihr Leben und ihre Gesundheit opfernden Gemeindeglieder in Frage kommt, unbedingte Neigung zum Sparen, auf der anderen Seite, wo es sich um Spielerei und Luxus handelt, unbedingte Befürwortung. Unsere Rätebürger im Felde werden sich über die weisen Anordnungen und Beschlüsse unserer Gemeindevertreter in Zeiten der Kriegszeit ihre eigenen Gedanken machen.







# Die Annahme des Kriegsbudgets im Deutschen Reichstage.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. März.

Am Bundesratssitz: Delbrück, Helfferich, Kravitz, Hoff, Riedel.  
Der Antrag auf Verlegung des Reichstags bis zum 18. Mai wird angenommen, ebenso in erster und zweiter Lesung der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Paraguay.

### Die zweite Lesung des Etats

wird fortgesetzt beim Reichsamt des Innern, und zwar bei dem Kapitel:

#### Belagerungszustand und Pressezensur.

Die Budgetkommission unterbreitete zum Etat des Innern eine Reihe von Resolutionen, die im Bericht über die Freilassung, Sitzung ausdrücklich wiedergegeben sind.

Abg. Stabthagen (Sog.): Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse muß man fragen, ob der Belagerungszustand überhaupt zulässig oder zweckmäßig ist. In Bayern ist diese Materie gesetzlich geregelt, im Reich aber nicht, trotzdem sind mehrfach die rechtliche Regelung angestrebt worden. Die bestehenden Gesetze dürfen nicht einfach als aufgehoben angesehen werden. Die Pressefreiheit wie auch das Spionagegesetz müssen weiter reibhergert werden. Statt dessen wird die Presse, namentlich die sozialdemokratische, mit allen Mitteln beschränkt. Ein von der Majestätsbeleidigung freigesprochener wurde vom Oberkommando von neuem verhaftet. Unverständlich ist das Verbot einer Versammlung, in der über Ernährungsfragen verhandelt werden sollte. Selbst eine Rede des Abgeordneten Wurm in der Berliner Stadtverordnetenversammlung über ungesunde Preistreibezeiten durfte nicht veröffentlicht werden. In sozialdemokratischen Blättern werden häufig vom Genfor Stellen getrichen, die in anderen Blättern stehen dürfen. Aus Breslau, Magdeburg, Dömitz, Königsberg, Braunschweig, Barmen, Kattowitz, Altona, Solingen, Elberfeld, Düsseldorf, Essen usw. kommen lebhaftest Beschwerden. Die „Danziger Volkszeitung“ wurde „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ verboten, weil über eine Rede des Abg. Viebel berichtet war, in der er erklärte, daß wir eine Auswanderung nicht zu fürchten brauchen, daß aber die Preise zu hoch gebracht worden seien! In Königsberg wurde die „Volkszeitung“ verboten, weil die deutschen Siege auch mit dem deutschen Wahl- und Koalitionsrecht begründet waren. In Braunschweig wird einem Redakteur das Ehrenwort abgenommen, nicht mehr zu schreiben. Es scheint, als ob die Zensoren einfach die Zeitungen verbieten oder gar die Schreiber verhaften, wenn sie zu dem Refusit kommen, daß sie die betreffende Zeitung nicht abonnieren würden! Es sollte doch vor allem darauf geachtet werden, daß die Zensur gleichmäßig gehandhabt wird und daß unparteiisch vorgegangen wird. Die Presse muß befreit werden von den Fesseln, die ihr widerrechtlich auferlegt worden sind.

Abg. Pauhmann (Fortfchr. Bpt.): Es handelt sich um die des außerordentlichen großen Gebiets der Presse doch nur um einzelne Mißstände. Die Beschwerden über die Zensur haben ihren Grund in der Mangelhaftigkeit der Einrichtung, in der Heranziehung Tausender in der Mangelhaftigkeit der Einrichtung, in der Heranziehung durch sich die Verschiedenheit in der Handhabung erklärt, und in dem Mangel eines Gesetzes. Dieses Gesetz fordert die Kommission deshalb. Ebenso verlangt sie, daß die Verantwortlichkeit des Reichs- langlers für die Handhabung der Zensur festgelegt wird. Der Staatssekretär hat im übrigen zugegeben, daß auf die Militärbehörden im Belagerungszustand nicht mehr Gewalt übergehen kann, als die Militärbehörden gehabt haben, auch die Militärorgane muß sich also bei ihren Maßnahmen im Rahmen der bestehenden Gesetze halten. Die Zensur ist vor allem deshalb nötig, weil die Gefahr der Entfaltung von Meinungen durch die ausländische Presse heute so groß ist. Wenn ich nicht mit Worten der Anerkennung für die ausdauernden Leistungen unserer Armee. (Bravo!)

Abg. Lebebour (Sog.): Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat meinem Genossen Haase gegenüber bestritten, daß es noch Ausnahmegeetze gibt, aber in der Kommission mußte er eingestehen, daß das Jesuitengesetz ein Ausnahmegesetz ist. Dieses Jesuitengesetz hat auf das Zentrum einen außerordentlich beschränkenden Einfluß ausgeübt, es hat sich da das alte Bibelmot mit einer kleinen Modifikation bestätigt: es ist mehr Freude im Zentrum über einen Staatssekretär, der Ruhe tut, als über 10 gerechte Sozialdemokraten. (Weiterlekt.) Tatsächlich gibt es noch eine Reihe von Ausnahmegeetzen, z. B. den

#### Sprachenparagrafen des Reichvereinsgesetzes.

Wir wollen alle Ausnahmegeetze beseitigen, auch die maskierten, die nach dem Rezept des Ministers Churchill unter der falschen Flagge der Neutralität operieren. (Weiterlekt.) Die von der Kommission beschlossene Resolution, die den Bundesrat ersucht, bestehende Ausnahmegeetze gegen einzelne Teile des deutschen Volkes zu beseitigen, soll nicht nur den Kreuzer Jesuitengesetz, sondern auch alle sonstigen derartigen Maßregeln torpedieren, die heute noch unter falscher neutraler Flagge segeln. (Weiterlekt.) Wir haben immer betont, daß durch solche Ausnahmegeetze ein ewiger nationaler Zwist in Deutschland erzeugt wird. Geradezu unbefriedigend sind die Eingriffe in das Privatleben der französischen Pressenden Bevölkerung in Elsas-Lothringen, denen jetzt während des Krieges plötzlich der Gebrauch ihrer Muttersprache auf Grund des Belagerungszustandes untersagt wird. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Sogar der Gottesdienst ist durch das Oberkommando sprachlich reglementiert. Die eine Gemeinde darf französisch sprechen, die andere deutsch und deutsch, die dritte nur deutsch. Wer trägt die Verantwortung für diese Ungeheuerlichkeit? Es sind die schlimmsten Hochverräter in Deutschland, die in der heutigen Zeit die französisch sprechende Bevölkerung in eine solche Stimmung hineintrinken, daß sie sich nach der französischen Herrschaft sehnen. (Große Unruhe.) Verbesseerungen sind nach Ansicht der Regierung und der Mehrheitsparteien während des Krieges nicht möglich, aber Verschlechterungen führt man durch. Der Burgfriede ist unter dem Schutz des Belagerungszustandes der eifrig-jährigen Bevölkerung gegenüber in der schlimmsten Weise durch die Militärverwaltung gebrochen worden. (Rachen rechts) Wenn

#### Deutschland mit der nationalen Toleranz

vorangeht, dann schlägt es Rußland die panislamische Klinge aus der Hand, dann würde es Rußland unmöglich sein, jemals an einen Eroberungskrieg in Europa zu denken. Das habe ich bereits vor zwei Jahren gesagt, und die Tatsachen haben mir recht gegeben. Wenn Sie die Parole: „Gegen den Jorismus“ wahr machen wollen, dann müssen Sie bei sich zu Hause anfangen und alle joristischen Mächte der deutschen Politik unterlassen. Dazu gehört gerade auch die sprachliche Vergeivaltigung großer Teile des Volkes. Ich unterbreite im übrigen alles, was zum Lobe der außerordentlichen Tapferkeit unserer Heere und des ersten Heerführers, des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, gesagt ist. Aber die deutsche Heeresleitung zeigt sich in ihren politischen Taten absolut nicht auf der Höhe. Die oberste Heeresleitung hat bekanntgemacht, es solle für jedes von den russischen Jorden verbrannte Dorf und Gut drei russische Dörfer und Häuser den Flammen übergeben werden. Ich war entsetzt, als ich das las. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Vordereil! Große Unruhe. — Zurufe rechts: Wir verurteilen uns das! Anordnungen der obersten Heeresleitung dürfen hier nicht kritisiert werden!)

Vizepräsident Dove: Das müssen Sie mir überlassen. (Anbauende große Unruhe rechts. Abg. Reich: Wir verlangen, daß das unterbleibt!) Der Abg. Liebknecht teilt mir eben mit, daß er das Wort „Vordereil“ dazwischen gerufen hat. Ich habe den Ausdruck nicht gehört, ich rufe den Abg. Liebknecht zur Ordnung.

Abg. Lebebour: Durch diese Maßnahmen werden gerade Leute in Rußland getroffen, auf deren Bundesgenossenschaft wir rechnen müssen. (Anbauende Unruhe rechts. — Vizepräsident Dove ersucht den Redner wiederholt, keine Kritik an Maßnahmen der obersten Heeresleitung zu üben.) Dann gestatten Sie mir den allgemeinen Gedanken: Wir Deutsche... (Lebhafteste Unterbrechungen und Zurufe: Er darf nicht im Namen des deutschen Volkes sprechen!) Die deutsche Politik muß Bahnen einschlagen, die es ermöglichen, mit den stillen Nachbarn in Frieden

zu leben. Das sage ich als Sozialdemokrat und als deutscher Patriot. (Schallendes Gelächter rechts.) Ich halte mich für einen besseren Patrioten als viele Leute, die dabei hohnlachen. Ich glaube, im Interesse Europas und seines Zusammenstufes in einer neuen Zukunft, im Interesse der Menschheit gesprochen zu haben. (Unruhe. Einzelne Bravorufe bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich halte mich für verpflichtet, die Verwaltung von Elsas-Lothringen gegen den schlimmen Vorwurf des Hochverrats mit aller Entschiedenheit in Schutz zu nehmen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Sog.): Ich muß mein lebhaftes Bedauern ausdrücken über die Art und Weise, wie die Abgeordneten Lebebour und Liebknecht sich erlaubt haben, Maßnahmen der obersten Heeresleitung hier in der schweren Stunde des heutigen Tages zu kritisieren. (Lebhafter Beifall.) Ich hoffe, daß die sozialdemokratische Fraktion den Mut finden möge, derartige Vorgänge zu desavouieren. (Lebhafter Zustimmung.) Das Verfahren der Abgeordneten Lebebour und Liebknecht schadet unserem Vaterlande in der schwersten Stunde, die das deutsche Volk jemals erlebt hat. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Bassermann (Sog.): Auch wir protestieren dagegen, daß in dieser schweren Kriegszeit seitens einer großen Partei hier so gesprochen wird. (Zurufe der Sozialdemokraten: Er hat nicht im Namen der Partei gesprochen!) Ich stelle mit Genugtuung fest, daß dies jetzt zum zweitenmal aus der sozialdemokratischen Fraktion gerufen wird. Solle offizielle Klarheit darüber wäre wünschenswert. Wir sehen

#### mit Bewunderung auf unsere Armeen,

vor allem im Osten, wo sie unter einer genialen Führung gegen gewaltige Uebermacht kämpfen müssen. (Lebhafter Beifall.) In solcher Zeit derartige Ausführungen zu hören, ist ein bitteres Gefühl für jeden Patrioten. (Sehr wahr!) Und das wird auch weit hinausdringen zu unseren Soldaten, die Leben und Gesundheit für das Vaterland einsetzen. Wir alle bedauern, wenn solche Kriegsmahngelnde wie im Osten notwendig sind; aber man muß die Greuelkeiten der Russen gesehen haben. (Lebhafter Zustimmung.)

Abg. Groeber (Sog.): richtet an die sozialdemokratische Fraktion die Frage, ob sie mit dem Verhalten Lebebour und Liebknecht einverstanden sei. Das deutsche Volk und die Welt muß aufklärt werden, ob hier die Ansicht eines einzelnen Abgeordneten oder die einer ganzen großen Partei ausgesprochen wurde. Wir haben dankbar anerkannt, daß die Sozialdemokraten sich am 4. August und 2. Dezember auf den Boden des gemeinsamen Vaterlandes gestellt haben; damit aber sind solche Äußerungen unvereinbar. Die Heeresverwaltung hat die Maßnahmen nicht aus Uebermut, sondern in bitterer Not zum Schutze des Vaterlandes

angeordnet. Wenn man auch verschiedener Ansicht sein kann, ob das eine oder andere gehalten war, so ist es doch nicht Aufgabe der Volksvertretung, denen in den Arm zu fallen, die unser Vaterland, unsere deutschen Mitbürger vor dem schmerzlichen Unfall zu schützen suchen. (Stürmischer Beifall.) Unser Inneres sträubt sich, wenn wir von den russischen Greuelkeiten nur lesen. Wenn schließlich unsere verantwortliche Heeresleitung zum äußersten Mittel der Vergeltung greift, so ist das völlerrechtlich durchaus zulässig. (Lebhafter Zustimmung.) Ich bitte die Leitung der sozialdemokratischen Fraktion, uns offen und vorbehaltlos zu sagen, ob sie jene Äußerungen billigt oder nicht. (Beifall.)

Abg. Hübner (Fortfchr. Bpt.) schließt sich Bassermann und Groeber an. Lebebour und Liebknecht sind nur eine kleine Minderheit der Sozialdemokratie hier und im Lande. Deshalb wird die Einmütigkeit des deutschen Volkes uns auch in Zukunft erhalten bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Schult-Strömberg (Reichsp.) bezeichnet die Äußerungen Lebebour als unerhört und hofft, daß dieser Fleck auf der Einmütigkeit des deutschen Volkes ein kleiner Fleck bleiben wird.

Abg. Lebebour (Sog.): Die Wiederholung der von mir kritisierten Maßnahmen kann nur durch öffentliche Aussprache im Parlament verhütet werden. Die gegen mich gerichteten Reden treffen vorbei, wenn sie die Maßnahmen als notwendig bezeichnen. (Vizepräsident Dove unterbricht den Redner abermals, die Maßnahmen der Heeresleitung zu kritisieren.) Diese Maßnahmen sollen die Wirkung haben, die Rassen über ihre Differenzen abzusprechen. (Lebhafter Zurufe rechts: Freiheit! Schluß! — Vizepräsident Dove: Fügen Sie sich meinen Anordnungen und reden Sie nicht weiter über diese Maßnahmen!) Bei ruhiger Ueberlegung wird später auch in Deutschland das Volk die Richtigkeit und Notwendigkeit meiner Ausführungen einsehen.

Abg. Scheidemann (Sog.) erklärt im Austrag des Vorhabes der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese Lebebour nur beauftragt hatte, über den Sprachenparagrafen zu sprechen. (Hört! Hört!) Alles, was Lebebour darüber hinaus gesagt hat, hat er für seine Person gesagt und hat er allein zu verantworten. (Lebhafter Beifall. Zurufe rechts: Mißbilligen Sie es!)

Abg. Hansen (Däne) verlangt Befreiung der gegen die Nord-schleswiger, deren vaterländische Pflichten der Staatssekretär anerkannt habe, gerichteten Ausnahmebestimmungen.

Abg. Dr. Sebba (Pole) stellt das gleiche Verlangen bezüglich der Polen und bemerkt, daß das Versprechen einer künftigen Prüfung und eventuellen Neuorientierung der Polen nicht befriedigen könne.

Abg. Schult (Reichsp.) erklärt, daß die Lösung so schwieriger Fragen in Ruhe, aber nicht jetzt erfolgen könne.

Damit schließt die Debatte über den Belagerungszustand, Presse und Ausnahmegeetze.

Es folgt die Beratung über das

#### Vereinsrecht.

Abg. Heine (Sog.): Ich empfehle Ihnen die Beschlässe der Kommission betreffend das Vereinsrecht zur Annahme. Es handelt sich um ein politisches Folgegesetz, das auch während des Krieges erlassen werden kann. Der heutige Zustand bedeutet keinen Fortschritt gegen das preussische Vereinsgesetz, sondern in einem Punkte eher einen Rückschritt. Es besteht die Gefahr, daß den Arbeitergewerkschaften, den Bildungs-, Unterhaltungs- und Turnvereinen dadurch, daß man sie als politisch stempelt,

mit Hilfe des Jugendparagrafen der Radikals abgefaßt werden. Die Gewerkschaften müssen die Möglichkeit haben, sich zu betätigen, ohne irgendwelchen Beschränkungen unterworfen zu sein. Das verlangen wir in unserem Antrag, den die Kommission dem Reichstagsrat zur Berücksichtigung überwiesen wissen will. Ich bitte Sie, so zu beschließen. Das Gesetz, das den Sprachenparagrafen aufheben will, mühte wohl an eine Kommission überwiesen werden, nachdem das von dem Abgeordneten Dr. Baasche beantragt worden ist. Eigentlich ist diese Materie so einfach, daß sich eine Kommissionsberatung erübrigt, besonders da sich der Reichstag schon wiederholt in diesem Sinne ausgesprochen hat. Wir

betrachten es nicht als eine Ehre, daß das große deutsche Volk den in seinen Grenzen lebenden Bruchstücken anderer Nationen nicht völlige Freiheit in der Erörterung öffentlicher Fragen geben soll. Ein hartes Volk, wie wir Deutsche es sind, muß imstande sein, jedem den Gebrauch seiner Muttersprache auch in Vereinen und Versammlungen zu garantieren. Der Jugendparagraf hat sich als eine ganz böse und aufreizende Ungerechtigkeit erwiesen, die beseitigt werden muß. Wenn das Vaterland den Siebzehnjährigen zur Verteidigung rufen muß, muß er auch das Recht haben, sich über die Einrichtungen des Vaterlandes zu unterrichten. (Sehr wahr!) Die Gewerkschaften, an denen man im Begriff war, eine Doktor Eisenbart-Aur vorzunehmen, haben sich als

#### wahre Stützen des Vaterlandes

erwiesen. (Sehr wahr!) Wir verlangen für die Gewerkschaften und für die Arbeiterpartei nicht eine Begünstigung für die Hilfe, die sie dem Vaterlande geleistet haben, sondern wir verlangen bloß, daß der entschlossene Wille zur Verteidigung des Vaterlandes und der entschlossene Wille, alles zu tun, was dazu nötig ist, sich jetzt während des Krieges auch auf der anderen Seite betätigt. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Riesing (Fortfchr. Bpt.) schließt sich dem Vorredner an.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die hinter uns liegende Stunde wird für jeden eine Stunde bitterer Erinnerung sein, nicht nur wegen der verlebenden Form der Rede des Abg. Lebebour, sondern auch weil seine Kritik sich gegen die Kriegsführung des gezeichneten Feldzuges richtete. (Lebhafter wiederholter Beifall.) Ich bin der Ueberzeugung, daß die Erinnerung an den herrlichen 4. August, die Erinnerung an das Schicksal überdauern wird, das wir heute erlebt haben. (Sehr wahr!) Zur Lösung gesetzgeberischer

#### Probleme auf dem Gebiete der inneren Politik

werden wir jetzt nicht kommen. Das Jesuitengesetz mag ein Ausnahmegesetz sein, aber für das Reichvereinsgesetz gilt das nur formell. Ich kann heute noch nicht sagen, ob und wie es geändert werden kann. Jedenfalls werden wir aus dem Verhalten der Parteien alle gesetzgeberischen Folgen ziehen. Ich bin der Meinung, daß Vereine, nur weil sie sich mit politischen Angelegenheiten beschäftigen, deshalb noch nicht zu politischen Vereinen werden. (Abg. Heine: Die Jubilatur sagt das Gegenteil!) Die Gewerkschaften haben in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, ohne die unser Wirtschaftsleben — das hat uns der Krieg gezeigt — nicht mehr denkbar ist. Es wird später zu prüfen sein, ob das Ziel einer besseren Rechtsstellung der Berufsvereine durch eine Veränderung des Reichvereinsgesetzes oder zweckmäßiger durch

#### ein eigenes Gewerkschaftsgesetz

erreicht wird. Der Belagerungszustand kann nicht entbehrt werden. Die Verantwortung dafür, daß er verhängt wird, trägt der Reichs- langler, aber für die Handlungen der Militärbehörden unter dem Belagerungszustand ist er nicht verantwortlich. Zu den Aufgaben der Zivilbehörden gehört es, darauf hinzuwirken, daß alle Gesetze beachtet werden. Nur die vollziehende, nicht die gesetzgebende Gewalt geht auf die Militärbehörden über. In der Ausführung sind sie an die Gesetze gebunden. Natürlich ist diese Ausführung für Männer nicht ganz leicht, die sonst mit diesen Dingen nichts zu tun haben. Im großen und ganzen haben sich die stellvertretenden kommandierenden Generale gut eingerichtet; es ist ihnen auch mitunter der Dank der Bevölkerung von Angehörigen der Sozialdemokratie ausgesprochen. Die Kommission war einig, daß

#### die Zensur nicht zu entbehren

ist, nur über ihren Umfang wurde gestritten. Es mag ja manche Absonderlichkeit vorgekommen sein, die wir weder verteidigen können noch wollen, im allgemeinen aber hat ihre Handhabung den Wünschen entsprochen, die billig geäußert werden konnten. Die Pressezensur beschränkt sich auf das unbedingt Notwendige und ist bestrebt, vorsichtig zu arbeiten und die wirtschaftlichen Interessen der Presse zu wahren. Mißstände liegen an dem Mangel eines Gesetzes und an dem Fehlen einer Zentralstelle. Dieses Gesetz kann jetzt während des Krieges nicht erlassen werden.

#### Wir haben alle umgelernt und lernen täglich Neues.

Wir haben erkannt, daß wir reicher sind, als wir geglaubt haben, in materieller Beziehung, an Organisationskraft und vor allem ethisch. Dieser Krieg hat uns die Lehre gebracht, daß sich Abg. Lebebour und seine Freunde nicht haben entziehen können, daß die Liebe zum deutschen Vaterlande ein unzerstörliches heiliges Gut jedes Deutschen ohne Unterschied der Abstammung, Konfession und Partei ist. (Lebhafter Beifall.) Was uns in Frieden getrennt hat, ist in den Hintergrund getreten. Wenn Kritik geübt wurde, so immer in erster Sorge für das Vaterland. (Lebhafter Beifall.) Es ist ein unüberwindlicher Erfolg, daß wir hier in den deutschen Vaterlande so verhandeln können. Der Gang Ihrer Verhandlungen hat nicht nur die Regierung für ihre schwierigen Aufgaben gestärkt, sondern wird unseren Feinden auch d: wirtschaftliche und moralische Unüberwindlichkeit des deutschen Volkes

lehren. (Lebhafter Beifall.) Die Erinnerung an die warmen Worte des Abg. Scheidemann, die er im Namen seiner Fraktion gesprochen hat, wird stärker sein, als die Erinnerung an das, was die Abg. Lebebour und Liebknecht gesagt haben. (Lebhafter Zustimmung.) Wenn wir Geduld haben und die Ergebnisse dieser großen Zeit bewahren und pflegen, so werden wir nach dem Friedensschluß die Wege finden, die in Gesetzgebung und Verwaltung zu gehen sein werden, zum Segen des deutschen Vaterlandes. (Lebhafter Beifall.)

#### Die Abstimmung.

Alle Resolutionen und Anträge der Budgetkommission werden angenommen, jedoch das Verbot der Verwendung von Obst und Zucker zur Herstellung von Spiritus und das völlige Verbot der Schnapsbrennerei abgelehnt. Nur das Verbot der Spiritus- erzeugung aus Getreide findet Annahme. Bei der Abstimmung über die Befreiung der Ausnahmegeetze enthalten sich Konservative, Nationalliberale, Reichspartei und wirtschaftliche Vereinigung der Abstimmung.

Vizepräsident Dove erteilt dem Abgeordneten Lebebour nachträglich den Ordnungsruf wegen der Stelle von den schlimmsten Hochverrättern, die die Elässer und Polen in die Arme unserer Feinde treiben. Damit ist der Etat des Innern erledigt.

#### Der Kolonialetat

wird nach kurzen anerkennenden Worten der Berichtstatter für die ausgezeichnete Haltung der deutschen Bevölkerung, der Schutztruppe und der meisten eingeborenen Stämme in unseren Kolonien bemerkt, ebenso debattiertes der Marineetat, der Etat des Reichsjustizamts, desgleichen der Etat des Reichsschatzamt, nachdem Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich unter lebhaftem Beifall mitgeteilt hat, daß sich nach den bisherigen Zeichnungen erwarten läßt, daß auf die neue Kriegsanleihe mehr als 1 Milliarden Mark gezeichnet sind.

Nach Erledigung der übrigen Etats verlegt sich das Haus vor Beratung des Etatsgesetzes auf 2 Stunden (die Sozialdemokraten und Konservativen treten zu Fraktionsitzungen zusammen).

Um 5 Uhr wird die neue Sitzung eröffnet und nach debattierter Erledigung des Etatsgesetzes wieder geschlossen.



Um 6 Uhr findet die

### Schlusssitzung

statt. Nachdem das Haus das Mandat des Abg. Wetterle für erledigt erklärt hat, beginnt die

### Dritte Lesung des Etats.

In der Generaldebatte gibt Abg. Schreinemakers namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung:

Die Gründe, die für uns maßgebend waren, den Kriegskrediten am 4. August und 2. Dezember zuzustimmen, bestehen unverändert fort. Wir haben nach den großen bewundernswerten Leistungen unserer Truppen (mit erhöhter Stimme) und ihrer Führer (beifalliger Beifall) das beste Vertrauen, daß es gelingen wird, zu einem ehrenvollen und dauernden Frieden zu kommen. (Erneuter lebhafter Beifall.) Zur Bekräftigung unseres festen Willens, dieses Ziel in unerschütterlicher Einigkeit mit unserer Volks zu erreichen, werden wir dem diesmaligen Etat unsere Zustimmung geben. (Beifalliger allseitiger Beifall.)

Abg. Graf Dehary (kon.): Im Namen meiner Freunde stelle ich mit Bedauern fest, daß in der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion keine ausdrückliche Mißbilligung der Vorgänge von heute vormittag vorhanden ist (Unruhe links). Zurufe bei den Sozialdemokraten: Unrecht! Der heute vormittag ausgesprochenen Kritik gegen den hochverdienenden Führer unserer Truppen im Osten, den Generalfeldmarschall Hindenburg. Die Zustimmung zum Etat, der die neue Kriegsanleihe enthält, ist die einfache Pflicht eines jeden Mitgliedes dieses Hauses. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Das Volk würde es nicht verstehen, wenn irgend jemand im gegenwärtigen Augenblick dem Vaterlande die Mittel versagen wollte, die es zur Niederwerfung der Feinde braucht. (Beifall rechts, Zischen links.)

Abg. Saffermann (natl.): Nachdem in der heutigen zweiten Lesung in unserer Einmütigkeit ein scharfer Widerspruch gekommen ist durch den Zwischenfall, den wir aus tiefster Bedauern und dessen ausdrückliche Mißbilligung auch wir gewünscht hätten, sind wir umso mehr erfreut darüber, daß auch diese Tagung mit einer einmütigen Kundgebung für die bewundernswürdigen Leistungen unserer Truppen und ihrer Führer und mit dem Ausdruck eines festen Vertrauens abschließt. (Bravo!) Einig und geschlossen bewilligt der Reichstag den Etat und damit weitere 10 Milliarden für die Kriegsführung. Mögen unsere Feinde daraus den unbedingten Entschluß des deutschen Volkes entnehmen, durchzuhalten und unter Einsetzung von Blut und Tod den endgültigen Sieg zu erringen. (Beifalliger Beifall links und im Zentrum.)

Abg. Fischel (fortschr. Vp.): Wir halten es nicht für notwendig, nochmals auf den Zwischenfall zurückzukommen, um so weniger, als uns in diesem Augenblick die Freude über die Einmütigkeit des deutschen Volkes besetzt.

Abg. Scheidemann (Soz.): Keine Fraktion ist für den Zwischenfall ein einzelner Abgeordneter verantwortlich. Aber jede Fraktion, und insbesondere meine Fraktion, muß es ablehnen, sich von einer anderen Fraktion Reue erteilen zu lassen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Überhaupt stelle ich gegenüber dem Grafen Dehary fest, daß Herr Dehary nach dem Stenogramm kein Wort gegen den Generalfeldmarschall Hindenburg gesagt, sondern ihn ausdrücklich gelobt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In der Sache selbst habe ich bereits in meiner Rede von vorgestern zum Ausdruck gebracht, daß wir den Vorwurf der Barbarei gegen unsere Truppen, von welcher Seite er auch kommen mag, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Beifalliger Beifall.)

Reichskriegssekretär Helfferich: Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen ist bei der

### Beibehaltung der neuen Kriegsanleihe

die siebente Milliarde überschritten. (Beifalliger Beifall.) Der Kredit von zehn Milliarden ist von dem ganzen deutschen Volke genehmigt. (Bravo!) Sie können mit dem Bewußtsein nach Hause gehen, daß wir in dem uns aufgestauten Handels- und Hungerkrieg auf die wohlgeordnete und leistungsfähige deutsche Volkswirtschaft ebenso vertrauen können, wie auf das gute deutsche Schwert, auf Gott, unser reines Gewissen, unser gutes Recht und die unzerstörbare sittliche Kraft des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Dr. Schöln (Zentr.) dankt den im Reich zurückgebliebenen, die ihre Schuldigkeit gegen das Vaterland vollkommen erfüllt haben. (Beifall.)

Hierauf wird der Etat in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Abg. Dr. Dietrich und Mühl angenommen.

Präsident Dr. Kaempf: Erhebt und erhält die Ermächtigung, am 1. April, den 100. Geburtstag von Bismarck, namens des Reichstages einen Kranz an dessen Denkmal niederzulegen. Mit warmen Worten der Anerkennung für das Geleit schließt der Präsident seine Ausführungen.

Staatssekretär Dr. Delbrück verliest die allerhöchste Verordnung betreffend Verlegung bis zum 18. Mai.

Präsident Dr. Kaempf: Schließt die Sitzung mit einem Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland. Schluß gegen 7 Uhr.

## Telegramme.

### Vom Ende des Kreuzers „Dresden“.

Berlin, 20. März. (W. B. Nichtamtlich.) Von unterrichteter Seite erfahren wir über das Ende des kleinen Kreuzers „Dresden“ folgendes: Der Kreuzer lag in der Cumberland-Bucht der glenischen Insel Juan Fernandez mit Maschinen- und ohne Kohlen in nur 400 Meter Abstand von dem Lande vor Anker, als er am 14. März früh von dem englischen Panzerkreuzer „Kent“, dem kleinen Kreuzer „Blagow“ und dem Hilfskreuzer „Orama“ angegriffen wurde. Der Feind eröffnete auf 3000 bis 3500 Meter Entfernung das Feuer, das die „Dresden“ erwiderte. Gleichzeitig erhob der deutsche Kommandant Protest gegen die Eröffnung von Feindseligkeiten in neutralen Gewässern. Der englische Kommandant beantwortete diesen Protest mit der Erklärung, daß er Befehl habe, die „Dresden“ zu versenken, wenn und so immer er sie trafe, und daß alles übrige durch die Diplomatie geregelt werden würde. Da der Kommandant S. M. S. „Dresden“ ein sah, daß ein weiterer Widerstand des bewegungsunfähigen Schiffes gegen die feindliche Übermacht aussichtslos war, sprengte er sein Schiff in die Luft. Es gelang, den größten Teil der Besatzung an Land zu retten. Die Verluste betragen 3 Tote, 8 Schwerverwundete, 7 Leichtverwundete. Mehrere Sprengstücke treppender englischer Granaten fielen auf neutrales Land nieder und beschädigten ein in der Nähe vor Anker liegendes glenisches Handelschiff.

London, 20. März. (W. B. Nichtamtlich.) Das Reutersbureau meldet aus Santiago: Die Besatzung der „Dresden“ wird nach Valparaiso gebracht und in Chile interniert werden.

### Tiefstand des Rubelkurses.

Kristiania, 22. März. (W. B. Nichtamtlich.) Norges Handelskredendeberichtet über den Rubelkurs in London: Für 10 Pfund Sterling müssen jetzt 115,5 Rubel bezahlt werden.

Der Rubel steht also rund 20 Prozent unter normal, da normalerweise dafür etwa 95 Rubel genügen.

### Törichte Belgier.

Brüssel, 22. März. (W. B. Nichtamtlich.) In der Kreisstadt Ternath machte eine Anzahl Belgier bei Gelegenheit der von den deutschen Behörden ausgeübten Anwesenheitskontrolle einen Versuch, Ausschreitungen gegen die mit der Aufsicht betrauten Landsturmeinheiten zu begehen. Bei dem pflichtmäßigen Gebrauch der Waffen gegen die Rädelsführer wurden fünf von diesen verletzt; zwei davon sind ihren Wunden erlegen. Nur dem ebenso tatkräftigen wie maßvollen Eingreifen der deutschen Soldaten ist es zu danken, daß es gar nicht erst zu bedenklichen Auftritten und nachteiligen Folgen für die Stadt und die Bevölkerung gekommen ist.

### Aufstand in Marokko?

Paris, 22. März. (W. B. Nichtamtlich.) „Temps“ meldet aus Madrid: Aus Tanger wird gemeldet, daß die Hebräer-Rabbinen, mit Ausnahme der Rabbinen von Rabat und der Angler-Rabbinen, Raïssul zum Sultan ausgerufen hätten. Die Krieger der Bergstämme kommen täglich nach Tanger, um Lebensmittel aufzukaufen, was gewöhnlich das Anzeichen neuer Ereignisse sei. „Liberal“ erklärt, die Regierung müsse infolge der Proklamierung Raïssul auf der Hut sein. Diese sei anscheinend erfolgt, um Unruhen in den spanischen Orten zu erregen. Man müsse erwarten, daß die Rabbinen in der spanischen Zone die Bewegung unterstützen, die eine große Ausdehnung annehmen könne. — Dato erklärte einigen Journalisten, er habe bisher keine amtliche Bestätigung von der Proklamierung Raïssul.

### Wiesbadener Theater.

#### Reizend. Theater.

Montag, 22. März, 7 Uhr: „Maria Theresia“. Dienstag, 23. März, 7 Uhr: „Der gutsherrliche Stad“. Mittwoch, 24. März, 7 Uhr: „Benjamin Schöller“. Donnerstag, 25. März, 7 Uhr: „Sturmwind“. Freitag, 26. März, 8 Uhr: „Die spanische Fliege“. (Vollbesetzung.)

#### Königliches Theater.

Montag, 22. März, 7 Uhr: Sechstes Symphoniekonzert.

### Spielplan der Frankfurter Theater.

#### Frankfurter Opernhaus.

Montag, 22. März: Geschlossen (drittes Jubiläumskonzert). Dienstag, 23. März, 6 Uhr: „Die Meistersinger von Nürnberg“. Im Abonn. Gew. Fr. Mittwoch, 24. März, 7½ Uhr: „Der Vogelhändler“. Auf. Abonn. Erm. Fr. Donnerstag, 25. März, 7 Uhr: „Die Königin von Saba“. Im Abonn. Gew. Fr. Freitag, 26. März: Geschlossen. Samstag, 27. März, 7 Uhr: „Oberon“. Im Abonn. Gewöhnl. Fr. Sonntag, 28. März, 7 Uhr: „Der Rosenkavalier“. Feldmarschallin: Frau Beatrice Leuer-Rottler vom Gr. Hoftheater in Karlsruhe a. B. Im Abonn. Gewöhnl. Fr. Montag, 29. März: Geschlossen. — (Probe zum 3. Gächlienderein-Konzert.) Dienstag, 30. März, 7 Uhr: „Alfa“. Im Abonn. Gewöhnl. Fr. Mittwoch, 31. März: Geschlossen. — (Probe zum 3. Gächlienderein-Konzert.) Donnerstag, 1. April, 7 Uhr: „Der Widerspenstigen Zähmung“. Im Abonn. Gewöhnl. Fr.

#### Frankfurter Schauspielhaus.

Montag, 22. März, 7 Uhr: „Romeo und Julia“. Im Abonn. Al. Fr. Dienstag, 23. März, 7½ Uhr (Mollire-Abend): „Die Hiespuppen“. Hierauf: „Der eingebildete Kranke“. Im Abonn. Al. Fr. Mittwoch, 24. März, 7½ Uhr: „Kater Lampe“. Im Abonn. Al. Fr. Donnerstag, 25. März: Geschlossen. Freitag, 26. März, 7½ Uhr: Volksvorstellung bei besonders ermäßigten Preisen: „Wallenstein's Tod“. Auf. Abonn. Samstag, 27. März, 7½ Uhr: Mollire-Abend: „Die Hiespuppen“, hierauf: „Der eingebildete Kranke“. Im Abonn. Al. Fr. Sonntag, 28. März, 7½ Uhr: „Wie einst im Mai“. Besond. erm. Fr. Auf. Abonn. — 7½ Uhr: Neu einstudiert: „Der Richter von Zalamea“. Schauspiel in drei Aufzügen von Calderon. Auf. Abonn. Al. Fr. Montag, 29. März, 7½ Uhr: „Kater Lampe“. Auf. Abonn. Al. Fr. Dienstag, 30. März, 7½ Uhr: „Romeo und Julia“. Im Ab. Al. Fr. Mittwoch, 31. März, 7½ Uhr: „Rosa“. Im Abonn. Al. Fr.

#### Neues Theater.

Montag, 22. März, 8 Uhr: „Das Musikantenmädchen“. Auf. Abonn. Volkstüml. Fr. Dienstag, 23. März, 8 Uhr: „Liese Lustig“. Abonn. A. Erm. Fr. Mittwoch, 24. März, 8 Uhr: „Die erste Geige“. Abonn. A. Erm. Fr. Donnerstag, 25. März, 8 Uhr: „Der Jurbaron“. Ab. A. Erm. Fr. Freitag, 26. März, 8 Uhr: „Schuldig oder Unschuldig“. Auf. Abonn. Volkstüml. Fr. Samstag, 27. März, 8 Uhr: „Liese Lustig“. Abonn. A. Erm. Fr. Sonntag, 28. März, 8½ Uhr: „Susi“. Volkstüml. Fr. — 8 Uhr: „Liese Lustig“. Auf. Abonn. Erm. Fr.

## Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.

### Billige Speisen und Getränke.

Regelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Galt: für allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen. 01878

### Wichtige Neuerscheinung!

## Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg

von Dr. Paul Lensch.

Preis 1.— Mark. Ungedruckte Vereinsausgabe 40 Pfennig.

Aus dem Inhalt: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren. Die englische Weltkriege und ihre Schließung durch den Krieg. — Der russische Sozialismus. — Frankreich und der Krieg. Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.

Großer Dirschgraben 17.

## Beschlagnahme der Vorräte an Gerste und Mengkorn.

Nach der Bundesratsverordnung vom 9. März 1915 sind mit dem Beginn des 12. März 1915 die im Reich vorhandenen Vorräte an Gerste (auch Mengkorn von Hafer und Gerste) für das Reich, vertreten durch die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung in Berlin, beschlagnahmt. Als Gerste im Sinne dieser Verordnung gilt auch geschrotene, gequetschte und sonst zerkleinerte Gerste.

Vorräte, die weniger als zehn Doppelzentner Gerste oder zwei Zentner Mengkorn betragen, werden von der Beschlagnahme nicht betroffen.

Trotz der Beschlagnahme dürfen Halter von Ruch, tieren und Pferden, sowie Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe ihre Vorräte zum Füttern in der eigenen Wirtschaft, sowie das zur Frühjahrsbefestigung erforderliche Saatgut zur Saat verwenden. Ferner dürfen Unternehmer landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe ihre Vorräte zur Herstellung von Nahrungsmitteln, insbesondere Mehl, Graupen, Malzextrakt, zur Herstellung von Gersten- und Malzlässee und von Bier, sowie zur Herstellung von Grünmalz für Branntweinbrennerei und Preßhefefabrikation verarbeiten; im übrigen ist die Malzzubereitung nicht zulässig. Bierbrauereien dürfen im März 1915 und dann vierteljährlich aus ihren Vorräten nur soviel Gerste verarbeiten, wie noch erforderlich ist, um die nach der Bekanntmachung, betr. Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien vom 15. Februar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 97) für die festgesetzten Malzmengen zur Bierbereitung herzustellen.

Wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte beiseite schafft, beschlagnahmt oder zerstört, verarbeitet oder sonst verbraucht, verkauft, kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abschließt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer die zur Erhaltung der Vorräte notwendigen Handlungen pflichtwidrig unterläßt, oder wer als Saatgerste erworbene Gerste zu anderen Zwecken verwendet.

### Anzeigepflicht.

Wer beschlagnahmte Vorräte der vorbezeichneten Art und Menge mit dem Beginn des 12. März 1915 in Gebrauch hatte, ist verpflichtet, die Vorräte und ihre Eigentümer bis zum 25. März d. J. der Stadtverwaltung — Zimmer 42 des Rathauses — schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige über Vorräte, die sich auf dem Transporte befinden, ist unverzüglich nach dem Empfang von dem Empfänger zu erstatten.

Vorräte, die zum Füttern, als Saatgut oder Saatgerste oder zur Verarbeitung beansprucht werden, sind je besonders anzugeben.

Unternehmer gewerblicher Betriebe sind verpflichtet, über die in ihren Betrieben verarbeiteten Mengen bis zum 5. jeden Monats über die im abgelaufenen Monat eingetretenen Veränderungen ihrer Vorräte der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung Anzeige zu erstatten. Es ist hierbei ersichtlich von den am 12. März 1915 nach der Anzeige vorhanden gewesenen Vorräten, später von der letzten Vorratsnachweisung auszugehen.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß derjenige angezeigepflichtig ist, der die Vorräte in der erwähnten Menge in Gebrauch hat, gleichviel ob er der Eigentümer ist oder nicht, daß ferner die Angaben sämtliche Vorräte, einschließlich der zu gewerblichen Zwecken, zur tierischen Ernährung, zur Ausfaat usw. bestimmten Mengen enthalten, diese aber einzeln zu erläutern sind, und daß die Anmeldung in seiner anderen Gewichtsseinheit als in Zentner erfolgen darf.

Wer die Anzeige nicht in der gesetzten Frist erstattet, oder wer offensichtlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft. Gibt ein Anzeigepflichtiger Vorräte an, die er bei der Aufnahme am 1. Dezember 1914 verschwiegen hat, so bleibt er von der durch das Verschweigen verurteilten Strafe frei.

Wiesbaden, den 19. März 1915.

Der Magistrat.

### Verteilung zuderhaltiger Futtermittel.

Nach der Bundesrats-Verordnung vom 12. Februar 1915 (R.-G.-B. S. 78) sollen demnach die zuderhaltigen Futtermittel (Futterzuder, Melasse, Rohzucker pp.) durch den Kommunalverband an die Besitzer von Pferden und Rindvieh zu amtlich festgesetzten Preisen verteilt werden. Um die Verteilung zweckmäßig vorbereiten zu können, werden die Besitzer von solchen Tieren aufgefordert, die Mengen, die sie für den Zeitraum eines Monats nötig haben, spätestens bis Dienstag den 23. März bei dem Magistrat (Zimmer 42) anzumelden. Anmeldeformulare sind, soweit sie nicht direkt zugestellt werden, auf Zimmer 42 des Rathauses in Empfang zu nehmen. Wer die Anmeldung nicht rechtzeitig einreicht, kann bei der Verteilung nicht berücksichtigt werden. Die Verteilung ist der landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland, Filiale Frankfurt a. M., Schillerstraße 19—25, übertragen worden unter Mitwirkung und Aufsicht des Magistrats.

Bis zur ersten Verteilung wird die Stadt Wiesbaden Futterzuder aus ihren Vorräten in beschränktem Umfang zum Preise von 25 Mk. für den Doppelzentner (mit 80 Pfg. mehr) abgeben.

Die Ausfertigung der Bezugsanweisungen ist mündlich auf Zimmer 42 des Rathauses zu beantragen, woselbst auch die Zahlung des Betrages stattzufinden hat.

Wiesbaden, den 20. März 1915.

Der Magistrat.